

Fokus Wirtschaft

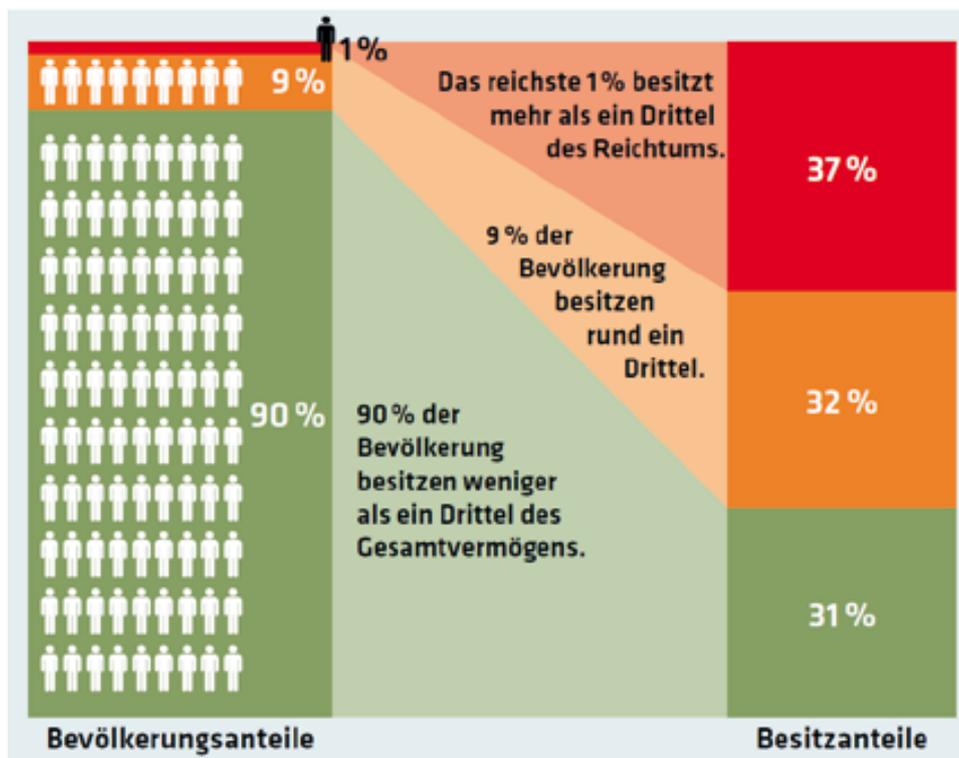
Dezember 2014
<http://fakten.vida.at>

vida

Fakten

Verteilung des privaten Netto-Reichtums*

Besitzanteile
innerhalb der
Bevölkerung
in Prozent



* Netto-Vermögen = Finanzvermögen plus Sachvermögen minus Kredite, Basis private Haushalte.

Quelle: JKU 2013 (Eckerstorfer, Halak, Kapeller, Schütz, Springholz, Wildauer) auf Basis von ÖNB (HFCS)

Wirtschaftswachstum und Verteilung

INHALT:

Wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst

Seite 2

Gerechte Verteilung von Gehältern und Arbeit

Seite 3

Für mehr Verteilungsgerechtigkeit

Seite 4

Die Zeiten vom kräftigen und stetigen Wirtschaftswachstum sind offensichtlich vorbei. Gleichzeitig wächst in Österreich die Ungleichheit, was sowohl das Eigentum als auch das Einkommen betrifft. Die Studie „Wachstum und Verteilung“ – erstellt vom Forschungsinstitut SERI – beschäftigt sich mit diesen beiden Faktoren und ihren Wechselwirkungen. Dieses „vida Fakten“ fasst die wichtigsten Ergebnisse

und Schlussfolgerungen zusammen: Wir benötigen dringend eine Verteilungspolitik, die vom Wachstum losgelöst ist. Dazu gehört eine deutliche Arbeitszeitverkürzung in Kombination mit starker Umverteilung von Einkommen und Vermögen, damit möglichst viele Menschen am Erwerbsarbeitsleben teilnehmen können und alle etwas vom produzierten Wohlstand haben.

Was tun, wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst?

Abschied vom „ewigen“ Wirtschaftswachstum

Unter der Annahme, dass „Wachstum as usual“ nicht auf Dauer aufrechtzuerhalten ist, befasst sich diese Studie damit, welche Herausforderungen und Fragen sich für die Verteilungspolitik stellen. Sie ist Resultat zweier Workshops mit Expertinnen und Experten im Rahmen des Stakeholder-Dialogs „Wachstum im Wandel“ und wurde von Institut SERI erstellt¹.

Das derzeitige Steuer- und Wirtschaftssystem ist auf wachstumsstarke Zeiten ausgerichtet, sodass Stagnation den Handlungsspielraum einengt. So verringert sich die Beschäftigung, wodurch im derzeitigen System die Steuereinnahmen sinken und die Ausgaben für Arbeitslosigkeit steigen. Niedrige Einkommen mindern die Konsummöglichkeiten der unteren und mittleren Einkommensschichten, die Armut nimmt zu. Die Einkommens- und Vermögensunterschiede zwischen ärmeren und reicheren Haushalten werden größer. Wie kann die Verteilungspolitik umgestaltet werden, um die soziale Sicherung sowie deren Finanzierung aufrechterhalten zu können?

Wirtschaftswachstum ist keine Garantie für gerechte Verteilung

Die Ungleichheit steigt

Die Ungleichheit steigt und nimmt besorgniserregende Ausmaße an. So hat mittlerweile das reichste Prozent der österreichischen Haushalte mehr Vermögen als die „ärmsten“ 90 Prozent (siehe Abbildung auf Seite 1). Die ärmere Hälfte der Bevölkerung besitzt gar nur 2,2 Prozent des gesamten Vermögens.

Eine andere Maßzahl ist die Lohnquote, also der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen. Diese Quote sank von 75,7 Prozent (1994) auf 67,3 Prozent (2011). Spiegelverkehrt stiegen die Einkünfte aus Unternehmenstätigkeit, selbstständiger Arbeit und Besitzeinkommen.

Auch innerhalb der Lohneinkommen geht die Schere auseinander. Selbst bei den Gehaltsungleichheiten zwischen Frauen und Männern gehört Österreich zu den unrühmlichen Spitzenreitern. Frauenerhalten nur 60 Prozent des Bruttojahreseinkommens eines Mannes.

¹ Andrea Stocker, Stefanie Gerold, Julia Gruber und Friedrich Hinterberger (März 2014): Wachstum und Verteilung. Policy Paper der Serie „Wachstum im Wandel“, erstellt von SERI (Sustainable Europe Research Institute)

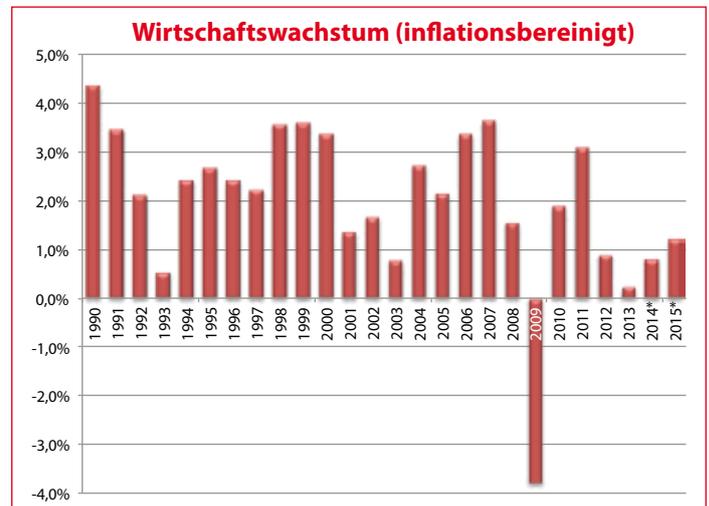
In den 1960er- und 1970er-Jahren trug das Wachstum noch direkt zu einer höheren Beschäftigung und einer Stärkung der unteren Einkommensschichten bei. Seit den 1980er-Jahren profitiert die untere Hälfte der Einkommensbezieher kaum noch davon.

Um es noch direkter zu formulieren: Wir haben ein Reichtumsproblem. Der exponentiell wachsende Anteil der Einkommen aus Kapital und Vermögen am Sozialprodukt ist die Ursache dafür, dass die KapitalbesitzerInnen immer reicher werden und der Anteil der „lebendigen Arbeit“ am Kuchen stagniert oder sinkt.

Welche Wechselwirkungen bestehen zwischen Verteilung und Wirtschaftswachstum?

Wirtschaftswachstum und Verteilung beeinflussen einander gegenseitig. Eine gerechtere Verteilung könnte in Jahren mit hohen Wachstumsraten prinzipiell leichter erzielt werden, da ein wachsender „Einkommenskuchen“ einfacher zu verteilen ist. Das ist aber in den letzten 30 Jahren nicht passiert – als eine Konsequenz des vorherrschenden Neoliberalismus!

Umgekehrt beeinflusst die Verteilung auch die Wirtschaftsentwicklung. Während neoliberale Theorien davon ausgehen, dass Ungleichheit zu Leistungsanreizen mit positiven Wachstumseffekten führt, weisen die meisten Studien auf die negativen Wachstumsauswirkungen von Ungleichheit hin. Extreme Polarisierung von Einkommen und Vermögen führt zu konjunktureller Unsicherheit und Finanzspekulationen, vermindert aber die Massenkaukraft und damit die Konsumnachfrage.



Quelle: Statistik Austria und WIFO; 2014 & 2015 Prognose lt. WIFO Sep.

Gerechtere Verteilung von Gehältern und Arbeit

Grundsätzlich haben Löhne eine doppelte Funktion. Einerseits stellen sie Kosten für die Unternehmen dar und beeinflussen damit die Wettbewerbsfähigkeit und die Investitionstätigkeit, andererseits bestimmen sie das Einkommen der Beschäftigten und somit die Konsumnachfrage der privaten Haushalte.

Im Zuge der Globalisierung kam es in Österreich zu einem Wandel von einem ursprünglich lohngetriebenen und konsumorientierten Nachfrage- regime hin zu einer Politik der Profitinteressen. Die Lohnerhöhungen lagen unterhalb des Produktivitätswachstums und führten zu einer sinkenden Lohnquote. Diese Strategie ist jedoch nur „Erfolg versprechend“, wenn andere Länder nicht ebenso handeln; sonst kommt es zu einem Lohnsenkungswettbewerb, der sich wiederum negativ auf Wachstum und Beschäftigung auswirkt.

Gerechtere Verteilung von Arbeit

Eine gleichmäßige Verteilung von Arbeit ist immer ein wichtiger Aspekt von Verteilungsgerechtigkeit. Die Verkürzung der Arbeitszeit führt neben einer Erhöhung der Lebensqualität auch zur Ausweitung oder zumindest Stabilisierung der Beschäftigung – das ist gerade in Zeiten geringen Wirtschaftswachstums besonders wichtig!

Die Realität sieht freilich anders aus: Österreichs Vollzeitbeschäftigte haben im Jahr 2009 durchschnittlich 44,1 Stunden pro Woche gearbeitet und befinden sich damit im europäischen Spitzenfeld. Ende der 1990er- und Anfang der 2000er-Jahre lag dieser Wert noch bei zirka 42 Stunden.

Durch eine radikale Arbeitszeitverkürzung ist es möglich, alle Erwerbsfähigen und -willigen in den Arbeitsmarkt zu integrieren und die unbezahlte Arbeit (Haushalt, Kinderbetreuung) besser zwischen Frauen und Männern aufzuteilen. Neben der Verkürzung der Wochenarbeitszeit, ist auch ein Abbau von Überstunden, eine Ausweitung der Karenzzeiten (für Weiterbildung, Kinderbetreuung und Pflege) oder eine Verlängerung des Erholungsurlaubes denkbar. Durch diese Maßnahmen ist es auch möglich, die Lebensarbeitszeit besser an die herrschende Lebenssituation anzupassen.

Umstritten ist die Frage nach einem Lohnausgleich. Vielfach wird dafür plädiert, die Löhne im Ausmaß der Produktivitätssteigerung zu erhöhen. Da dabei die Lohnstückkosten unverändert bleiben, ist dies eine kostenneutrale Arbeitszeitverkürzung.



Eine Studie des WIFO berechnet den gesamtwirtschaftlichen Effekt einer kostenneutralen Arbeitszeitverkürzung von zehn Prozent. Dies würde zu einem Anstieg der Beschäftigten um 130.000 Personen (bzw. vier Prozent) führen. Die Arbeitsproduktivität und somit auch die Stundenlöhne steigen um sieben Prozent; hingegen sinken wegen der Arbeitszeitreduktion die Monatslöhne um vier Prozent. Also: vier Prozent Lohnrückgang bei einem Zeitgewinn von zehn Prozent.

Bislang führten Produktivitätszuwächse stets zu höheren Gewinnen statt höheren Löhnen – sinkende Lohnquoten beweisen das. Diesen Trend umzudrehen und eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich durchzusetzen ist eine Frage der gesellschaftlichen Machtverhältnisse bzw. des Durchsetzungswillens der Gewerkschaften. Denn: Viele Wenigverdiener können sich Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich schlicht und einfach nicht leisten!

Schlussendlich geht es bei guter, menschenwürdiger Arbeit („Decent Work“) aber nicht nur um die Quantität, sondern auch Qualität der Arbeit, also um Arbeits(platz)sicherheit, Einkommen und Sozialleistungen, Arbeitszeit und Work-Life-Balance, körperliche und psychische Belastungen, Geschlechtergerechtigkeit, Qualifikation und Arbeitszufriedenheit.

**Gerechte Verteilung
von Arbeit
schafft Jobs
und Freizeit**

**Gute Arbeit
bedeutet
Lebensqualität**

Weitere politische Maßnahmen für mehr Verteilungsgerechtigkeit

Wie vielfach gefordert, sind im Bereich des Steuer- und Abgabensystems eine Reform/Reduzierung der Lohn- und Einkommenssteuer sowie eine verstärkte Besteuerung von Vermögen notwendig.

Was die öffentliche Daseinsvorsorge betrifft, erfolgt die Umverteilung durch die vermehrte Bereitstellung sozialer Dienstleistungen (beispielsweise geförderter öffentlicher Wohnbau, Familienleistungen, öffentlicher Verkehr).

Die Kaufkraft von Konsumentinnen und Konsumenten wird auch durch energieeffiziente, langlebige und reparaturfähige Produkte gestärkt. Weiters hätte eine stärkere Ausrichtung auf „Nutzen statt Besitzen“ (zum Beispiel Carsharing) eine positive Verteilungswirkung, da dadurch die Verwendung eines bestimmten Produktes erschwinglicher wird.

Eine gerechte Verteilung ist nicht nur für die Wirtschaft besser, sondern auch für die gesellschaftliche Stabilität und die Lebensqualität. So wirkt sich eine faire Einkommensverteilung ab einem gewissen Einkommensniveau positiv auf die Lebenszufriedenheit aus. Soziale und gesellschaftliche Probleme (wie Kriminalität oder Drogenabhängigkeit) treten in ungleicheren Gesellschaften häufiger auf, während die Bevölkerung in gerechteren Gesellschaften von einem besseren Gesundheitszustand und schulischen Leistungen sowie höherer Chancengleichheit profitiert.

Untersuchungen zufolge führt eine gleichere Einkommensverteilung auch zu positiven Umweltwirkungen. Zum einen ist die Bereitschaft für „selbstlose“ Handlungen (zum Beispiel der Großteil der Umwelthandlungen) in egalitären Gesellschaften stärker vorhanden. Ein weiterer Wirkungsmechanismus ergibt sich über die Arbeitszeit: Aufgrund des sogenannten „Veblen-Effekts“ (Ärmere

versuchen den Reichen in puncto Konsum nachzueifern) weisen Länder mit höherer Ungleichheit im Durchschnitt längere Arbeitszeiten auf, welche wiederum mit einer höheren Umweltbelastung verbunden sind.

Aufgrund der höheren Konsumneigung einkommenschwacher Bevölkerungsschichten ist es jedoch auch vorstellbar, dass eine Angleichung der Einkommensunterschiede zunächst mit negativen ökologischen Auswirkungen einhergeht. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass sich eine Verringerung der Ungleichheit langfristig positiv auf die Umwelt auswirkt, was nicht zuletzt auf eine Verminderung des Wachstumszwangs zurückzuführen ist.

Nicht alles, was in der Vergangenheit gewachsen ist, hat den Menschen tatsächlich mehr Wohlstand bzw. Lebensqualität gebracht oder ein gutes Leben ermöglicht. So werden die Umweltfolgen – Stichwort Klimawandel – unserer Wirtschaftsweise immer sichtbarer und problematischer. Daher ist es notwendig, unseren Wohlstand neu zu definieren. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gilt es, ein neues Wohlstandsmodell zu gestalten, welches nicht mehr auf hohe Wachstumsraten angewiesen ist. Die Verteilungspolitik spielt dabei eine zentrale Rolle.

In „Die Presse“ vom 29. November 2014 konstatiert WIFO-Experte Marcus Scheiblecker, dass trotz Wirtschaftswachstum die Reallöhne sinken:

Österreicher werden ärmer
„Die Einkommenssituation entwickelt sich sehr schwach“, so Scheiblecker. Real (also nach Abzug der Inflation und der kalten Steuerprogression) haben die österreichischen Haushalte seit mindestens vier Jahren keine Nettolohnzuwächse gesehen.
Heißt: Selbst im schwachen, aber vorhandenen Aufschwung der Jahre seit 2010 ist die reale Kaufkraft der Österreicherinnen und Österreicher jedes Jahr gesunken. „Und das reale Pro-Kopf-Einkommen wird auch heuer wieder sinken“, sagt Scheiblecker. Die Österreicher werden also ärmer – gemessen an der Entwicklung der Löhne im Vergleich zu Inflation und Steuern.

vida Fakten ist eine Publikationsreihe der

Gewerkschaft vida mit dem Zweck, Fachinformation an BetriebsrätInnen, FunktionärInnen, Interessierte und an die Politik zu bringen.

Nähere Infos und Bestellung:

wirtschaft@vida.at

<http://fakten.vida.at>

Impressum:

Herausgeber: Gewerkschaft vida, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: +43 1 53 444 79 - 202

Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96, Fax 01/662 32 96 - 39793, www.oegbverlag.at, office@oegbverlag.at.

ZVR: 576439352

vida

Über vida: Die Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft vida umfasst acht Fachbereiche und hat rund 140.000 Mitglieder.

